

# Der Staat liest mit

## Online-AktivistInnen leben gefährlich

von  
Genia  
Findeisen

Die Autorin ist Mitglied der ai-Vietnam-Koordinationsgruppe und im Vorstand der Südostasien Informationsstelle.

Dinh Nhat Uy forderte auf Facebook die Freilassung seines inhaftierten Bruders, jetzt wurde er selbst verurteilt. Uys jüngerer Bruder Dich Nguyen Kha hatte im Frühjahr Flugblätter verteilt, in denen die Partei und die Politik der Regierung kritisiert wurden, und erhielt dafür vier Jahre Gefängnis. Das Verteilen von solchen Schriften wird seit Jahren als »Propaganda gegen den Staat« eingestuft und nach Artikel 88 Strafgesetzbuch mit bis zu 20 Jahren Haft bestraft. Nun ist auch Dinh Nhat Uy für seine Beiträge auf Facebook bestraft worden – mit 15 Monaten Haft auf Bewährung. Uys Fall erregte Aufmerksamkeit in der Online-Community, denn es ist das erste Mal, dass einem vietnamesischen AktivistInnen wegen seiner Kommentare in einem sozialen Netzwerk der Prozess gemacht wurde.

### Ein Drittel der Bevölkerung ist online

Die Meinung frei im Internet zu äußern, ist für uns in Deutschland alltäglich. In Vietnam hingegen kann es zu langen Gefängnisstrafen führen. In den vergangenen zwei Jahren sind laut Angaben von Menschenrechtsorganisationen 75 Personen verurteilt und inhaftiert worden. Privat betriebene Blogs, Nachrichtenportale oder soziale Netzwerke wie Facebook sind für Bürger in Vietnam die einzigen alternativen Medien, wenn sie sich unabhängig von der offiziellen, durch die Partei kontrollierten Presse informieren wollen. Die Internetnutzung ist im Land weit verbreitet, besonders seit internetfähige Handys den vietnamesischen Markt erobert haben. Schätzungen gehen davon aus, dass etwa 35 Prozent der Bevölkerung regelmäßig online sind. Die Nutzung sozialer Netzwerke ist sehr beliebt im Land, 40 Prozent der Bevölkerung sind jünger als 24 Jahre. Vor allem die Zahl der Facebooknutzer ist von schätzungsweise etwa einer Million im Jahr 2009 und vier Millionen Ende 2011 auf etwa 13 Millionen Ende 2013 gestiegen. Dieser enorme Anstieg ängstigt die Behörden, und sie versuchen mit den unterschiedlichsten Maßnahmen, die inflationäre Ausbreitung von unerwünschten Meldungen einzudämmen.

Der enorme Zuwachs an Nutzern erschwert allerdings auch die Kontrolle deren Nutzungsverhaltens. Die vietnamesische Regierung hat festgestellt, dass sie die Vielzahl der Blogs und anderen Online-Aktivitäten nicht mehr kontrollieren kann, und greift daher in wachsendem Maße zu rigiden Methoden. Gerade für Dissidenten gewann das Internet eine immer größere Bedeutung. Sie konnten darüber wesentlich einfacher Regierungskritik verbreiten,

Petitionen verschicken oder auch Parteien gründen, denn das Risiko, entdeckt zu werden, wurde geringer. Oppositionelle, die unter Hausarrest standen, konnten durch das Internet mit ihren Mitstreitern draußen in Kontakt bleiben. Daher ist die Regierung seit 2006 dazu übergegangen, regelmäßig einzelne Blogger für einige Jahre zu inhaftieren, um die restliche Internet Community einzuschüchtern.

Der Internetunternehmer Tran Huynh Duy Thuc wurde im Januar 2010 aufgrund einer Anklage nach Artikel 79 StGB »Versuch des Staatsumsturzes«, wofür laut Strafkatalog die Todesstrafe verhängt werden kann, zu 16 Jahren Gefängnis verurteilt. Bei seinem vierstündigen Prozess waren weder Verwandte noch westliche Journalisten zugelassen. Duy Thucs politisches Engagement liegt vor allem darin begründet, dass er einen politischen Wechsel als notwendig ansieht, damit die korrupte Regierung abgelöst werden kann – ein Anliegen, welches er mit vielen politischen Mitstreitern teilt. Er hatte sich während des Prozesses geweigert, sich im Sinne der Anklage als schuldig zu bekennen. Stattdessen erhob er seinerseits Vorwürfe, während der Untersuchungshaft missandelt worden zu sein.

### Berichte über negative Ereignisse sind unerwünscht

In den vergangenen beiden Jahren ist ein härteres Vorgehen gegen regimekritische Blogger zu beobachten. Immer weiter gehende Gesetze und Dekrete sind vom Ministerium für Information und Kommunikation erlassen worden, um das Anwachsen der

Printmedien sind staatlich kontrolliert  
Foto: Joseph Anh Nguyen



unerwünschten Berichterstattung in den Online-Medien einzuschränken. In den staatlich kontrollierten Nachrichtenmedien darf beispielsweise nicht über stattfindende Prozesse gegen Blogger, Aktivitäten von Menschenrechtsaktivisten, aber auch nicht über negative Ereignisse wie den Tod von neun ausländischen Touristen beim Kentern eines Ausflugsbootes in der Halong-Bucht oder über den Fortschritt beim Bau eines Atomkraftwerkes berichtet werden. Dementsprechend finden sich diese Themen jetzt sehr zum Missfallen der Regierung in privaten Blogs und Nachrichtenportalen. Bereits 2009 wurde *Circular 07* erlassen, der genaue Bestimmungen enthält, welche Inhalte auf Webseiten und in Blogs überhaupt noch erlaubt sind. Demnach darf grundsätzlich nichts veröffentlicht werden, was als Opposition zur Regierung verstanden werden kann oder dazu geeignet ist, den Staat oder die staatliche Einheit in Frage zu stellen. Ein Blog ist dem Gesetz zufolge als persönliche Informationsseite definiert, in dem nur Privates stehen darf. Zudem ist es Bloggern verboten, Texte unter einem Pseudonym zu veröffentlichen. Das zwei Jahre später eingeführte Dekret Nr. 2/2011 verschärfte diese Vorschriften nochmals und enthielt auch Strafen für den Fall, dass Quellen nicht angegeben worden waren oder doch ein Pseudonym verwendet worden war.

Die stetig anwachsende Internet-Community lässt sich von diesen Bestimmungen jedoch nur teilweise beeindrucken. Gerade auf Facebook verbreiten sich brisante Meldungen in Windeseile und die Regie-

rung befürchtet, dass in Zeiten einer schwächelnden Wirtschaft über soziale Netzwerke Unruhen organisiert werden könnten. Ein alarmierendes Zeichen für die Regierung waren vor allem die rückläufigen Verkaufszahlen von Motorrädern in den letzten beiden Jahren. Die wirtschaftlichen Boomzeiten mit einem Wirtschaftswachstum von jährlich 8 Prozent in den Jahren bis 2007 sind vorbei. Zwar hat sich die hohe Inflationsrate von noch 27 Prozent im Krisenjahr 2008 bei etwa sieben Prozent stabilisiert, aber das Wirtschaftswachstum erreichte 2012 nur noch fünf Prozent, das niedrigste Wachstum seit 13 Jahren. Das sind ungünstige Bedingungen für eine Einpartei-Regierung, die ihre Legitimation ähnlich wie in China an den wirtschaftlichen Erfolg geknüpft hat. Berichte über schlechte Regierungsführung, Korruption und Missmanagement von Staatsbetrieben sollen daher die Bevölkerung möglichst nicht erreichen.

### Copy & Paste-Kultur

Seit September 2013 ist das umstrittene Dekret 72 über »Management, Bereitstellung und Verwendung von Internetdiensten und Online-Inhalten« in Kraft. Damit ist künftig die Weiterverbreitung von Informationen aus dem Internet auf Sozialen Netzwerken in Vietnam nicht mehr erlaubt. Sie verbietet praktisch den Anwendern, aktuelle politische und soziale Themen im Internet zu diskutieren. Blogger und Menschenrechtsorganisationen sind besorgt, dass

Rückläufige Verkaufszahlen von Motorrädern  
Foto: Genia Findeisen



zukünftig politische Äußerungen von Personen ohne Presselizenz einer erheblichen Willkür ausgesetzt werden. Letztendlich würden dann noch weniger Bürger ihre eigene politische Meinung äußern.

Offiziell zielt das Dekret 72 auf die weit verbreiteten Verletzungen des Urheberrechts im Internet hin; eine Regelung war hier fraglos nötig. In der vietnamesischen Online-Medienlandschaft hat sich eine extreme »Copy & Paste-Kultur« ohne jegliches Unrechtsbewusstsein verbreitet. Erst vor kurzem wurde ein Online-Nachrichtenportal von einer Zeitung wegen Plagiaten verklagt, weil das Portal mehr als 10.000 Artikel aus anderen Medien wortgetreu übernommen hatte. Vor allem Tauschplattformen, die Online-Spiele anbieten, verwenden auf ihren Seiten ohne Rücksicht auf das Urheberrecht gerne Raubkopien vor allem von ausländischen Spieleanbietern. Die US-Regierung hatte daher im Rahmen der Verhandlungen über das *Trans-Pacific-Partnership Agreement* (TPP) massiven Druck unter anderem auf Vietnam ausgeübt, etwas an seinen Urheberrechtsgesetzen zu ändern.

Doch die Folgen dieses Dekrets gehen weit über die Verfolgung von Raubkopien hinaus. Einige Textstellen des Gesetzeswerkes sind so schwammig formuliert, dass bei der Vorstellung des Dekretes im Ministerium nach Angaben anwesender Journalisten selbst der zuständige Minister nicht genau erklären konnte, welche Inhalte gemeint sind und wer betroffen sein wird. Online-Journalisten und Menschenrechtsaktivisten befürchten, dass durch das neue Dekret auch bei Online-Medien ein politischer Druck aufgebaut wird, wie es bei Printmedien schon lange wirkt. Mithilfe scheinbar unpolitischer Mediengesetze könnte der Staat so künftig kritische Statements noch einfacher unterbinden oder bestrafen. In der Vergangenheit wurden immer wieder politisch motivierte Anklagen verschleiert, wie jüngst der Fall des Anwalts, Menschenrechtsaktivisten und Bloggers Le Quoc Quan zeigt. Offiziell wurde er auf Grund von Steuerhinterziehung angeklagt. Er setzte sich seit Jahren für Religionsfreiheit und Bürgerrechte in seinem Land ein. Er betrieb einen Blog, in dem er über die ausufernde Korruption schrieb und Menschenrechte einforderte, Themen, die von den staatlich kontrollierten Medien verschwiegen werden. Le Quoc Quan wurde in den Jahren zuvor schon mehrmals verhaftet. Erst 2007 war er ohne Anklage etwa 100 Tage lang in Gewahrsam gehalten worden.

Doch es sind nicht nur Anwälte und Journalisten, die Ziel staatlicher Maßnahmen gegen Meinungsfreiheit werden. In seinem neusten Recherchebericht dokumentiert *amnesty international* 75 Fälle von Gewissensgefangenen, die aufgrund ihrer Kritik an der Regierungsführung aktuell inhaftiert sind. Darunter sind neben Bloggern und Menschenrechtsanwälten auch Gewerkschafter sowie ehemalige Bauern, die sich gegen die Vertreibung von ihren Grundstü-



cken gewehrt hatten. Die Bauern sind Opfer der bisherigen Praxis der Vergabe von Landnutzungsrechten für eine festgelegte Zeit. Nach Ablauf der Pachtphase fordern die Behörden die Anbauflächen zurück, um diese umwidmen zu können. Die Regierung steckt dabei in einem Dilemma, denn um die Entwicklung des Landes voranzubringen, muss die Regierung Flächen für Straßen, Industrieprojekte und die wachsenden Städte bereitstellen. Viele Farmer, die sich ihre Existenz nicht zerstören lassen wollen, wehren sich und geraten in Auseinandersetzungen mit Sicherheitskräften. Aktivisten dokumentieren das harte Vorgehen der Polizei in ihren Blogs und stellen Filme bei YouTube ein. Da viele Zertifikate für die Nutzung der Landrechte bald auslaufen, ist in den kommenden Jahren mit einer Vielzahl von Konfliktfällen zu rechnen.

Seit 14.1.2014 gilt nun auch das Dekret 174, welches Regierungskritik in sozialen Netzen mit einer Geldstrafe von 100 Millionen vietnamesischen Dong (etwa 3.500 Euro) bestraft. Der Sohn des eingesperrten Bloggers Nguyen Van Hai erklärte, er werde sich auch nach dem Urteil gegen Uy weiter auf Facebook für die Freilassung seines Vaters einsetzen. Er sei darauf vorbereitet, jederzeit festgenommen zu werden.

*Die Jugend liebt  
Online-Spiele  
Foto: Genia  
Findeisen*

## Literatur

- > Silent Voices – Prisoners of Conscience in Vietnam 2013
- > <http://www.amnesty.org/en/library/asset/ASA41/007/2013/en/6f2a0bce-9ec9-4297-8194-122fb4265920/asa410072013en.pdf>
- > Reporters without Borders – Vietnam, programmed death of freedom of information 2013 [https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/images/Laenderbereiche/ROG\\_Vietnam\\_Bericht\\_2013.pdf](https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/images/Laenderbereiche/ROG_Vietnam_Bericht_2013.pdf)